

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 29. September 2017

Die EDU zum Vergleich von Schweinetransporten mit der Deportation von Juden

Ausrutscher oder Symptom eines tieferliegenden Problems?

Der gestern vom Grünen Nationalrat Jonas Fricker vorgebrachte Vergleich von Schweinetransporten mit den Judendeportationen der Nazi-Zeit weist – auch nach dessen Entschuldigung – auf ein tieferliegendes Problem in der linksgrünen Politik hin: Grundlegend werden Mensch und Tier auf die gleiche Ebene gestellt und oft wird Tierschutz sogar höher gewertet als das menschliche Leben.

In der gestrigen Nationalrats-Debatte zur Fair Food-Initiative zeigte sich ein grundlegendes Problem links-grüner Politik. Während enorm viel Energie auf den Schutz der Tiere verwendet wird, plädieren links-grüne Politiker z.B. bei Vorlagen rund um das ungeborene menschliche Leben de facto für das Recht des Stärkeren. In diesem Sinne kann die EDU die konkrete Entschuldigung für den vorgebrachten Vergleich von Schweinetransporten mit Judendeportationen nachvollziehen, beklagt aber, dass links-grüne Politiker insgesamt eben gerade nicht zwischen der Würde des menschlichen Lebens und den Tieren unterscheiden. Die Aussage von Nationalrat Jonas Fricker war unhaltbar und bedarf einer klaren Stellungnahme seitens der Grünen Partei.

Kontakte zu Israel-feindlichen Organisationen offenlegen!

Die EDU beklagt zudem, dass mehrere Parlamentarier der Grünen enge und regelmässige Beziehungen zu anti-israelischen Organisationen pflegen, deren Engagement in der Realität nicht auf die Würde des Menschen zielt, sondern auf den Kampf gegen den jüdischen Staat – und damit die Vernichtung menschlichen Lebens.

Boykottaufrufe gegen israelische Produkte aus der Westbank sind kontraproduktiv und schmälern das palästinensische Einkommen. Sie schüren zudem die Hasspolitik auf israelischem Staatsgebiet. Es ist ein Fakt, dass sich die internationale Politik in kein Land derart einmischt wie in die inneren Angelegenheiten Israels.

Die EDU verlangt, dass parlamentarische Kontakte zu Israel feindlichen Organisationen offengelegt und gemeldet werden müssen.

Für weitere Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 435 36 40

alt Grossrat Martin Friedli, Mitglied GL EDU Schweiz, 079 848 97 96

EDU Schweiz

Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach 43, 3602 Thun, Tel. 033 222 36 37
PC 30-23430-4, www.edu-schweiz.ch, info@edu-schweiz.ch